

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 12.06.2024, 16:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:Vorsitzende/r

Frau Bürgermeisterin Nadine Leonhardt Verwaltung

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis SPD

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Krauthausen SPD

Herr Ratsmitglied Aaron Möller für RM Stefan Kämmerling SPD

Herr Ratsmitglied Michael Roth für Rainer Greven SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis SPD

Herr Ratsmitglied Ugur Uzungelis für RM Stephan Löhmann SPD

Herr Ratsmitglied Frank Wagner SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Wilfried Berndt CDU

Frau Ratsmitglied Maria Mund für RM Noah Bach CDU

Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters für RM Bernd Schmitz CDU

Herr Ratsmitglied Thomas Schlenter CDU

Ratsmitglieder BASIS-Fraktion

Herr Ratsmitglied Michael Cremer BASIS

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Michael Winterich AfD

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Schulze FDP

Von der Verwaltung

Herr Leo Breuer Verwaltung

Herr René Costantini Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete Dana Duikers Verwaltung

Herr Michael Effenberg Verwaltung

Herr Fabian Esser Verwaltung

Herr Engelbert Gey Verwaltung

Frau Andrea Görn Verwaltung

Herr Lukas Hagel Verwaltung

Herr Gerhard Handels Verwaltung

Frau Tamara Hartel Verwaltung

Frau Brigitte Höne Verwaltung

Frau Sandra Hunscheidt-Fink Verwaltung

Herr Axel Johnen Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Bettina Merx Verwaltung

Herr Martin Quadflieg Verwaltung

Herr Michael Raida Verwaltung

Herr Thomas Rehahn Verwaltung

Herr Stephan Schlaak Verwaltung

Herr Florian Schoop Verwaltung

Herr René Schulz Verwaltung

Frau Petra Seeger Verwaltung

Herr Technischer Beigeordneter Achim Vogelheim Verwaltung

Gäste

Herr Ratsmitglied Albert Borchardt

DIE LINKE

Schriftführer/in

Herr Patrick Roth

Verwaltung

Frau Paulina Scheuer

Verwaltung

Abwesend:

Stv. Vorsitzende/r

Herr 1. stellv. Bürgermeister Stephan Löhmann

SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling

SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Noah Bach

CDU

Herr Ratsmitglied Bernd Schmitz

CDU

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 16.30 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die Vertreter*innen der Presse, sowie die anwesenden Zuhörer*innen.

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben seien. Außerdem wies sie auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW hin. Ebenso erfolgte ein Hinweis, dass das Erstellen nicht genehmigter Bild- und Tonbandaufnahmen grundsätzlich untersagt seien.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 1 | Haushaltsatzung 2024/2025 | |
| 1.1 | Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat | |
| 1.2 | Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2024/2025 | 231/24 |
| 1.3 | Beratung des Entwurfes des Doppelhaushaltes 2024/2025 einschließlich Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp. | 210/24 |
| 2 | Einrichtung von Stellen im Rahmen des Stellenplans 2024 und 2025 | 163/24 |
| 3 | Beschaffung von Defibrillatoren für das Stadtgebiet Eschweiler | 056/24 |
| 4 | Anfragen und Mitteilungen | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 5 | Vergabeangelegenheiten | |
| 5.1 | Maler- und Lackierarbeiten, Kellergeschoss Rathaus | 196/24 |
| 5.2 | Wärmedämmverbundsystemarbeiten im Rahmen der Sanierung der GGS und Kita Weisweiler | 205/24 |
| 5.3 | Schlosserarbeiten im Rahmen des Wiederaufbaus der Realschule Patternhof; II. BA | 206/24 |

5.4	Leuchtentausch 2024 im Stadtgebiet Eschweiler	189/24
6	Kenntnisgaben	
6.1	Aufnahme von Förderdarlehen in Höhe von 4.525.000,00 EUR	173/24
6.2	Liquiditätssicherungskredite	120/24
6.3	Vergabe von Aufträgen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB - sowie Architekten- und Ingenieurleistungen mit Auftragssummen zwischen netto 2.500,00 € und 150.000,00 € in der Zeit vom 01.01.2024 bis 31.03.2024	172/24
7	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Haushaltsatzung 2024/2025

1.1 Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat

Gemäß § 71 Absatz 4 SGB VIII in Verbindung mit § 8 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Eschweiler hat daher mit Verwaltungsvorlage 003/24 in seiner Sitzung am 11. Juni 2024 den Entwurf des Jugendhilfeetats für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 für die Produkte

- Unterhaltsvorschussleistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Kinder- und Jugendförderung
- Hilfe für junge Menschen und ihre Familien
- Öffentliches Grün – Teilbereich Kinderspielplätze

beraten. Verwaltungsseitig lagen zum eingebrachten Entwurf keine Änderungen vor.

Die im Rahmen der Beratungen behandelten Änderungsanträge der AfD-Stadtratsfraktion wurden in Gänze einstimmig abgelehnt. Dem Ausschuss wurden im Rahmen der Etatberatungen keine weiteren Änderungsanträge unterbreitet.

Insoweit stimmte der Ausschuss dem Entwurf des Jugendhilfeetats 2024/2025 ff. unter Einbezug der vorgenannten Einzelbeschlüsse einstimmig zu.

1.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2024/2025 **231/24**

Nach einer Wortmeldung des RM Schlenter wurde gem. Geschäftsordnung des Rates der Stadt Eschweiler der Antrag zur Sache gestellt, die in der Beschlussvorlage 231/24 genannten Anträge in der Vorberatung einzeln abstimmen zu lassen.

Hierzu gab es keine Gegenrede.

BMin Leonhardt ließ über die Einwendungen gegen die Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler einzeln abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Eschweiler empfahl dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Mit einer Gegenstimme der AfD-Fraktion empfahl der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat die Einwendung zum Grundstücksankauf in der Hölderlinstraße zur Errichtung zweier Container-Standorte für die Unterbringung von Geflüchteten nicht zu berücksichtigen.

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, Basis-Fraktion und AfD-Fraktion empfahl der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Eschweiler die gegen die zur Änderung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer vorliegenden Einwendungen nicht zu berücksichtigen.

1.3 **Beratung des Entwurfes des Doppelhaushaltes 2024/2025 einschließlich Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.** **210/24**

Stadtkämmerin Bettina Merx führte nachfolgenden Bericht aus, es gilt das gesprochene Wort.

„Meine Damen und Herren,

bevor Sie in die politischen Haushaltsberatungen einsteigen lassen Sie mich bitte - im Hinblick auf die bisher vorliegenden Einwendungen und Änderungsanträge zur Haushaltssatzung 2024/2025, aber auch im Rückblick auf die seitdem geführten Gespräche - insbesondere zu den vorgesehenen Erhöhungen der Ihnen bekannten Hebesätze für die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer noch einmal auf die Gründe und die haushaltsmäßige Notwendigkeit eingehen.

Erstmalig in der Sitzung des Stadtrates am 17.08.2023 habe ich Sie über die negativen Entwicklungen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens, die da wären

- Verschlechterungen des kommunalen Finanzausgleiches im Rahmen GFG 2024
- Vorzeitiger Wegfall der Isolierungsmöglichkeit für Ukraine-kriegsbedingte Aufwendungen bereits ab dem Haushaltsjahr 2024
- Auswirkungen der Zinserhöhung und Inflation
- sowie des Tarifabschlusses 2023

informiert. Entwicklungen, die die Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushaltes in der vorgesehenen Zeitfolge unmöglich machten. Die Landesregierung hat auf die in dieser Zeit wieder laut werdenden, drastischen Hilferufe der Kommunen und den vehementen Forderungen der kommunalen Spitzenverbände reagiert. Jedoch leider nicht mit der erforderlichen, zusätzlichen Finanzausstattung für die Kommunen, sondern lediglich mit Änderungen der GO NRW, die dazu führen, dass die Kommunen defizitäre Haushalte aufstellen können, ohne dafür ein genehmigungspflichtiges Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen.

In der Folge wurden verwaltungsseitig weitere Konsolidierungsgespräche geführt, durch die im Ergebnis -bezogen auf das Haushaltsjahr 2024- eine Senkung des Defizites um rd. 18,9 Mio. Euro erreicht werden konnte. Die Anwendung der nach dem 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz möglichen Ausweisung des globalen Minderaufwandes in Höhe von 2 % der ordentlichen Aufwendungen im vorliegenden Haushaltsentwurf führte jährlich zu einer weiteren planmäßigen Ergebnisverbesserung zwischen 4,6 und 5 Mio. Euro.

Doch auch diese Verbesserung in allen Planjahren reichte zu einem Haushaltsausgleich nicht aus; vielmehr würden die ausgewiesenen Ergebnisse im Zeitverlauf zu einer Überschuldung führen.

Insoweit wurde als **letztes Mittel** die Anpassung der Hebesätze budgetiert, um damit über den Finanzplanungszeitraum bis 2028 mindestens einen „fiktiven“ Ausgleich planerisch darstellen zu können.

Denn: Trotz der gerade nochmals skizzierten Maßnahmen wird die zum Stichtag 31.12.2022 bestehende Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 47,7 Mio. Euro am Ende des Finanzplanungszeitraumes so gut wie aufgezehrt sein. Allein für das Jahr 2024 beträgt die vorgesehene Entnahme 13,1 Mio. Euro.

Meine Damen und Herren, in der Ihnen zur Beschlussfassung vorliegenden Vorlage zu den Einwendungen ist ergänzend noch einmal ausgeführt, warum also Steuererhöhungen in diesem Jahr

– erstmalig nach 2016 – unumgänglich sind, um auch künftig unsere kommunalen Aufgaben erfüllen zu können.

Die nun innerhalb des skizzierten Zeitrahmens vorgesehene Beschlussfassung über die Festsetzung oder Änderung der Hebesätze 2024 ist nach den Regelungen des Grundsteuergesetzes bzw. des Gewerbesteuergesetzes bis zum 30.06. eines Kalenderjahres mit Wirkung vom Beginn dieses Kalenderjahres zu fassen.

Eine Entscheidung alleine darüber, die Hebesätze für die Realsteuern auf dem bisherigen Niveau zu belassen, hätte in Konsequenz im Zeitverlauf zur Folge, dass ein genehmigungsfähiger Haushalt nicht vorgelegt werden kann. Insoweit würde die Haushaltswirtschaft bis auf weiteres den Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung unterliegen.

Um nur zwei Auswirkungen zu nennen:

- Freiwillige Leistungen ohne vertragliche Verpflichtung dürfen nicht geleistet werden;
- noch nicht begonnene investive Maßnahmen sind zurück zu stellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht. Die entsprechende Nachweisführung gegenüber der Aufsichtsbehörde wird zwingend zu beachten sein.

Jeder zeitliche Aufschub verschärft den Druck auf den städt. Haushalt und führt in der Folge zu noch höheren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und im weiteren Verlauf zu einer Überschuldung der Stadt Eschweiler. Eine Entwicklung, die nicht zielführend sein kann und die darüber hinaus insbesondere negativen, externen Einflussfaktoren geschuldet ist.

Das System der kommunalen Finanzausstattung funktioniert nicht mehr. Ein Umstand, der schon jahrelang bekannt ist und vom Gesetzgeber – egal welcher Couleur – bisher mehr oder weniger unberücksichtigt geblieben ist.

So möchte ich nochmals appellieren, dass wir diese enormen Aufgabenpakete hier vor Ort nur gemeinsam bewältigen können!

Vielen Dank!“

Vor dem Eintritt in die Beratung schlug Stadtkämmerin Bettina Merx zu den von der AfD-Fraktion vorliegenden Änderungsvorschlägen dem RM Winterich zunächst vor, die Abstimmung entsprechend der unter Ziffer 1-4 der Änderungsvorschläge aufgeführten Themenbereiche vorzunehmen. Die im Folgenden aufgeführten Beispiele und Vorschläge seien verwaltungsseitig (farblich sortiert) diesen Themenbereichen zugeordnet worden. Diese vorgeschlagene Vorgehensweise hindere selbstverständlich nicht an der separaten Beratung über die einzelnen Vorschläge und Beispiele.

RM Winterich stimmte der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte über die eingebrachten Änderungsvorschläge der Fraktionen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2024/2025 wie nachfolgend ab.

Position A01

Der unter Ziffer 1 des Antrages der AfD-Fraktion aufgeführte Vorschlag im Bereich der Personalaufwendungen durch die Einführung von Effizienzmaßnahmen und eine Überprüfung von Aufgabenbereichen auf Einsparpotentiale eine Reduktion der Personalaufwendungen von 5 % zu erreichen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der AfD-Fraktion, abgelehnt.

Position A02

Der unter Ziffer 2 formulierte Antrag der AfD-Fraktion, im Bereich von Sach- und Dienstleistungen Einsparungen durch eine Optimierung von Kosten für externe Berater, Software-Lizenzen und Wartungsverträge herbeizuführen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der AfD-Fraktion, abgelehnt.

Position A03

Der unter Ziffer 3 formulierte Vorschlag der AfD-Fraktion, die Ausgaben im Bereich der freiwilligen Leistungen und Zuschüsse an Vereine und Organisationen um 15 % zu reduzieren und im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation erhebliche Einsparungen zu erzielen, indem man Aufwendungen für Veranstaltungen und Werbung senkt, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der AfD-Fraktion, nicht zugestimmt.

Position A04

Dem Antrag der AfD-Fraktion, die Transferaufwendungen um 5 % zu reduzieren, insbesondere Zuschüsse zu Bildung und Teilhabe sowie die Ausgaben von sozialen Projekten, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der AfD-Fraktion, nicht zugestimmt.

Position A05

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Stadtrat von 50 auf 44 Mandate ab der Kommunalwahl 2025 zu verkleinern, wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, mehrheitlich abgelehnt.

Position A06

Der Antrag der FDP-Fraktion, zur Unterstützung der Kulturinitiative Städtisches Gymnasium e. V. den Haushaltsansatz in 2024 für Zuschüsse an Vereine und Orchester um 5.000 € auf 7.500 € zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion sowie der BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Position A07

Der Antrag der FDP-Fraktion, zur Unterstützung des Fördervereines Technisches Hilfswerk Ortsverband Eschweiler, den Haushaltsansatz in 2024 für Zuschüsse an Vereine und Orchester um 3.000 € auf 5.500 € zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion sowie der BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt unterbrach die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von 17:45 Uhr – 18:00 Uhr.

Position A08

Antrag Einzelvertreter Borchardt/Die LINKE

Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt empfahl dem Ausschuss, den Antrag des Einzelvertreters Borchardt/Die LINKE zur Erhöhung des Ansatzes zur Unterhaltung von barrierearmen Verkehrsflächen den Haushaltsansatz für 2025 um 60.000 € auf 80.000 € zu erhöhen, in der Sache nicht weiter zu verfolgen, nachdem Stadtkämmerin Bettina Merx hierzu ausführte, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 eine Rückstellung in Höhe von 50.000 € gebildet wurde, welche zusätzlich zu dem vorgesehenen Haushaltsansatz 2024 von 20.000 € zur Verfügung stehe.

Über die Empfehlung ließ Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt daraufhin abstimmen.

Der Empfehlung wurde einstimmig zugestimmt. Die AfD-Fraktion beteiligte sich nicht an dieser Abstimmung.

Antrag BASIS-Fraktion

Der Antrag der BASIS-Fraktion zur Erhöhung des Ansatzes zur Unterhaltung von barrierearmen Verkehrsflächen den Haushaltsansatz ab 2024 um 30.000 € auf 50.000 € zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Position A09

Antrag AfD-Fraktion

Der Antrag der AfD-Fraktion, die Beteiligung der Stadt Eschweiler an der Indeland GmbH zu überprüfen und gegebenenfalls den Rückzug aus dieser Gesellschaft zu beschließen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der AfD-Fraktion, abgelehnt.

Antrag BASIS-Fraktion

RM Cremer führte aus, dass der Antrag zur Prüfung der Risiken eines Austritts aus der Indeland GmbH im Haupt- und Finanzausschuss nicht weiter thematisiert werden müsse, sondern eine Prüfung im nächsten Stadtrat erfolgen solle.

Position A10 – A12

Antrag BASIS-Fraktion

Der Antrag der BASIS-Fraktion, auf eine Steuererhöhung zu verzichten und die bisherigen Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer beizubehalten, wurde zurückgezogen.

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt unterbrach die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von 20:00 Uhr – 20:10 Uhr. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde aufgrund Beratungsbedarfs die Unterbrechung bis 20:20 Uhr verlängert.

Antrag CDU-Fraktion

Der Antrag der CDU-Fraktion, die bisherigen Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer beizubehalten und somit auf Steuererhöhungen zu verzichten, wurde nach eingehender Diskussion mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der BASIS-Fraktion, der AfD-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie der CDU-Fraktion, abgelehnt.

Position A13 – A15

Der Antrag des Einzelvertreters Borchardt/Die LINKE den Hebesatz der Grundsteuer A auf 330 v. H., den Hebesatz der Grundsteuer B auf 745 v. H. sowie den Hebesatz der Gewerbesteuer auf 520 v. H. zu erhöhen, wurde einstimmig abgelehnt.

Position B01 – B02

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer Mehrzweckhalle für den Tanzsport in Abhängigkeit einer 90 % Förderung mit Planungskosten für 2024 in Höhe von 200.000 € und für 2025 mit Baukosten in Höhe von 2.300.000 €, wurde zurückgezogen. Stattdessen wurde ein Auftrag an die Verwaltung gegeben die Maßnahme insbesondere hinsichtlich ihrer Förderfähigkeit, gegebenenfalls unter Beteiligung der Fachausschüsse, zu prüfen.

Position B03

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des Ansatzes in 2024 auf 6.000 € zur Installation von zunächst zwei automatischen externen Defibrillatoren im Stadtgebiet, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Basis-Fraktion, FDP-Fraktion und CDU-Fraktion sowie Enthaltung der AfD-Fraktion, abgelehnt. Der Beschlussvorschlag wurde entsprechend abgeändert. (siehe hierzu Ausführungen unter TOP 3)

Position B04

Antrag Eschweiler FV 1929 e.V.

Der Antrag des Eschweiler FV 1929 e.V., zur Einstellung von Haushaltsansätzen für den Kunstrasenplatz Eschweiler-Ost von 25.000 € für 2024 und für 2025 von 1.100.000 €, wurde einstimmig abgelehnt.

Antrag Basis-Fraktion

Dem Antrag der Basis-Fraktion zur Prüfung der Errichtung des Kunstrasenplatzes Eschweiler-Ost und der Vorberatung in den Fachausschüssen, wurde mehrheitlich, bei Nein-Stimme der AfD-Fraktion, zugestimmt.

Weitere Anträge bzw. Fragen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2024 / 2025 lagen nicht vor.

Somit beschloss der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Enthaltungen der FDP-Fraktion sowie der CDU-Fraktion, dass der Entwurf der Haushaltssatzung 2024/2025 entsprechend dem Ergebnis der Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt unterbrach die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von 21:25 Uhr – 21:35 Uhr. Nach der Pause nahm RM Krauthausen nicht mehr an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teil.

2

Einrichtung von Stellen im Rahmen des Stellenplans 2024 und 2025

163/24

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion sowie Enthaltung der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion, folgenden Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler, folgende Stellen im Rahmen der Aufstellung des Stellenplans 2024 einzurichten:

Übersicht 2024			
Stellenbezeichnung	Einzurichtende Stellenanteile	Eingruppierung	Produkt
Meister*in Kanalbau	1,0	EG 8 TVöD	01 111 06 03 (Baubetriebshof)
Rettungsdienst	6,0	EG N TVöD	02 127 17 01 (Kranken- und Rettungsdienst)
Kindertagespflege	0,77	EG S 11b TVöD SuE	06 361 01 01 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und -pflege)
Hausmeister*in Ge-flüchteten-unterkünfte	1,0 (kw-Vermerk)	EG 4 TVöD	10 522 01 03 (Hilfen bei Wohnproblemen)
Sozialarbeiter*in Geflüchteten-unterkünfte	1,0 (kw-Vermerk)	EG S 12 TVöD SuE	05 313 01 01 (Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund)
Gesamt in 2024	9,77 Stellen		

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler, folgende Stellen im Rahmen der Aufstellung des Stellenplans 2025 einzurichten:

Übersicht 2025			
Stellenbezeichnung	Einzurichtende Stellenanteile	Eingruppierung	Produkt
Rettungsdienst	2,0	EG N TVöD	02 127 17 01 (Kranken- und Rettungsdienst)
Gesamt in 2025	2,0 Stellen		

3. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler die folgenden Stellen im Rahmen der Aufstellung des Stellenplans 2024 und 2025 gemäß § 8 Abs. 1 KomHVO NRW im Stellenplan auszuweisen:

Stellenbezeichnung	Einzurichtende Stellenanteile	Eingruppierung	Produkt
Vertretungspool am Baubetriebshof	2,0	EG 6 TVöD	01 111 06 03 (Baubetriebshof)
Vertretungspool am Baubetriebshof	1,0	EG 5 TVöD	01 111 06 03 (Baubetriebshof)
Gesamt	3,0 Stellen		

4. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler die folgenden Stellen im Rahmen der Aufstellung des Stellenplans 2024 und 2025 gemäß § 8 Abs. 1 KomHVO NRW im Stellenplan auszuweisen:

Stellenbezeichnung	Einzurichtende Stellenanteile	Eingruppierung	Produkt
Hauptamtliche Dozententätigkeit an der VHS	0,5 (kw-Vermerk)	EG 9b TVöD	04 272 01 01 (Volks-hochschule)
befristete Stellen im Rahmen des § 16i SGB II-Projekts	3,0 (kw-Vermerk)	EG 4 TVöD	01 111 06 03 (Baube-triebshof)
befristete Stelle im Rah-men des § 16i SGB II-Projekts	1,0 (kw-Vermerk)	EG 3 TVöD	01 111 12 01 (Infra-strukturelles Gebäudemana-gement)
befristete Stelle im Rah-men des § 16i SGB II-Projekts	1,0 (kw-Vermerk)	EG 3 TVöD	10 521 04 01 (Maßnah-men der Bauaufsicht)
Gesamt	5,5 Stellen		

3 Beschaffung von Defibrillatoren für das Stadtgebiet Eschweiler

056/24

Nach mehreren Wortmeldungen wurde gem. Geschäftsordnung des Rates der Stadt Eschweiler ein Antrag zur Sache durch RM A. Möller, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern, gestellt:

Dem Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler wird entsprochen. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Beschaffung von zwei externen Defibrillatoren Sponsoren zu finden und in Zusammenarbeit mit dem St-Antonius-Hospital die bestgeeigneten Örtlichkeiten festzulegen und die Geräte dort zu installieren.

Hierzu gab es keine Gegenrede.

BMin Leonhardt ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Eschweiler stimmte dem geänderten Beschluss ein-stimmig zu.

4 Anfragen und Mitteilungen

Es lagen keine Anfragen und Mitteilungen vor. Daher beendete die Ausschussvorsitzende Bürgermeis-terin Leonhardt die Sitzung um 22.00 Uhr.